



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 01.07.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Mittwoch, 08. Juli 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 06.05.2015
2. **15-F-33-0057**

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung - Sachstand der Umsetzung
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.06.2015-

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 20. Dezember 2012 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Im Genehmigungserlass (GE) zum Doppelhaushalt 2014/2015 hat die Aufsichtsbehörde darum gebeten, für die beiden Haushaltsjahre des laufenden Haushalts sowie für das Finanzplanungsjahr 2016 das Konzept fortzuschreiben und ihr vorzulegen. Die Kämmerei hat mit Datum vom 9. Mai 2014 über die Umsetzung von Haushaltssicherungsmaßnahmen berichtet (KB).

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die im Einzelnen beabsichtigten Konsolidierungsmaßnahmen bzw. deren Erfolg zu berichten (GE S.9f.), insbesondere zu den Punkten:

1. Personalkosten: (a) Inwieweit die „Leitplanken“ (Stvv-Beschluss 0102 v. 25.03.2010) eingehalten wurden oder wo es zu Abweichungen kam (GE S.10), (b) welche Dezernate die tariflichen Steigerungen im Budget kompensieren konnten, ohne beim Personalbudget bzw. im Dezernatsbudget „eine rote Ampel zu kassieren“ sowie (c) über die aktuelle „Differenz der Planstellen und der tatsächlichen Besetzung“ (GE S.6).
2. Städtische Zuschüsse / freiwillige Leistungen: Mit welchen Ergebnissen diese überprüft wurden, nachdem das durch die Aufsichtsbehörde formulierte Prüfraster angewendet wurde und wie weit die Vorbereitungen des Berichts zu den freiwilligen Leistungen sind, der spätestens mit der Vorlage von Haushaltsplan und Haushaltssatzung für 2016 der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden soll (GE S.10), zu welchen Ergebnissen darüber hinaus die Überprüfungen geführt haben,
 - (a) wo der Verwaltungsaufwand noch weiter reduziert werden konnte,
 - (b) wo mit günstigeren Alternativen dem Bürger die geforderte Leistung geboten werden kann,
 - (c) wo Dienstleistungen durch andere Strukturen / Zusammenarbeit mit Dritten oder neue Medien kostengünstiger sein können (KB S.6).

3. 15-F-03-0080

Schulbaupauschale

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2015-

Im Rahmen der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs soll auch die Schulbaupauschale abgeschafft und in eine allgemeine Investitionspauschale überführt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

welche Auswirkungen hätte die Abschaffung der Schulbaupauschale für Wiesbaden?

4. 15-F-08-0037

Verfügungsgewalt über das Grundstück Wilhelmstraße zurückerlangen

-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 01.07.2015-

Das Rücktrittsrecht hinsichtlich des Verkaufs des Grundstücks Wilhelmstraße 1/Parkhaus Rhein-Main-Hallen an die OFB wurde zum 18. Februar 2015 wahrgenommen. Die Stadt Wiesbaden hat bislang aber immer noch nicht die Verfügungsgewalt über das Grundstück zurückerlangt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge unverzüglich und zügig die notwendigen Schritte unternehmen, um in die Verfügungsgewalt über das Grundstück Wilhelmstraße 1/Parkhaus Rhein-Main-Hallen (3 Flurstücke) zu gelangen.

5. 15-F-03-0081

Finanzrelevante Beschlüsse

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2015-

Mit Schreiben vom 13. Februar 2015 wies der Kämmerer darauf hin, dass seitens der Dezernate das Ziel des ausgeglichenen Haushalts oberstes Ziel bei der Finanzplanung für den HH 2016/2017 sei. Im Ergebnishaushalt sei mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Mit Schreiben vom 24. April wies der Kämmerer auf die bestehenden Eckwerte hin und dass diese einzuhalten seien.

Presseöffentlich wies mittlerweile z.B. Dez. V darauf hin, dass beschlossene Schulbaumaßnahmen nun nicht mehr durchgeführt werden könnten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

welche haushaltsrelevanten Beschlüsse angesichts dieser Verfügung aufgehoben werden müssten?

6. 15-F-03-0078

Ausstehende Steuern und Gebühren

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2015-

Laut Pressebericht vom 12.6.2015 bestehen seitens der Stadt ca. 60 Mio. € Forderungen ausausstehenden Gebühren und Steuern.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Sind die Presseberichte zutreffend bzgl. ausstehender Gebühren- und Steuerforderungen iHv. Ca. 60 Mio. € zutreffen?
2. Ist die Höhe der Außenstände für eine Stadt wie Wiesbaden „normal“?
3. Wenn nein, welche Maßnahmen der Magistrat als geeignet ansieht, diese ausstehenden Forderungen beizutreiben?

7. 15-F-03-0079

An-/Abmeldungen von Gewerbe

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2015-

Mit Antwort 15-V-21-0002 auf eine Anfrage unserer Fraktion teilte der Magistrat mit, dass ihm keine Erkenntnisse vorlägen, ob und warum in Wiesbaden ansässige Unternehmen ihren Unternehmenssitz in das Umland bzw. umgekehrt an- oder abmelden. Im Zuge der derzeitigen Überlegungen nach einer Notwendigkeit der Erhöhung der Gewerbesteuer erscheint es der Fraktion essentiell, Erkenntnisse darüber zu erlangen ob und warum Unternehmen ihre Niederlassung in der Region ändern.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in der Vergangenheit unmittelbar vor bzw. nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer zu einer signifikanten Änderung der Gewerbean- bzw. abmeldungen kam.
2. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie generell entsprechende „Wanderbewegungen“ von Unternehmen erfasst werden können, z.B. durch eine Aufnahme einer entsprechenden Notiz bei den An- oder Abmeldungen.
3. Der Magistrat wird weiter gebeten, mittels Anfrage an die heimische Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer und vergleichbare Berufsständische Organisationen von gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, eine qualitative Einschätzung zu diesem Thema zu erbitten.

8. 15-F-03-0076

Schlichtungsergebnis Verdi
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2015-

In der aktuellen Tarifaueinandersetzung für die Sozial- und Erziehungsberufe liegt nun die Schlichtungsempfehlung vor. Im Bereich der Kinderbetreuung sind derzeit die überwiegenden Beschäftigten im Tarif S8 und sollen gemäß Vorschlag in den Tarif S8b eingestuft werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

welche haushalterischen Auswirkungen diese Einigung für Wiesbaden hätte und ob eine Erhöhung der Landespauschale z.B. aus dem KiFöG im Falle einer Tarifeinigung zu erwarten ist.

9. 15-V-20-0024

DL 24/15-1

Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2013

10. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-A-22-0001

Anzeigepflicht gemäß § 26a HGO

Umdruck nur für Ausschussmitglieder

2. 15-F-33-0040

Änderung des AsylbLG

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 27.04.2015-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 05.06.2015

3. 14-F-33-0084

Carsharing in der Stadtverwaltung

-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.05.2014-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 10.06.2015

4. 13-F-09-0003

Beleuchtung für öffentliche Gebäude - energiesparende und umweltfreundliche Alternativen zu
Leuchtstoffröhren

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 14.05.2013 -

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat IV) vom 28.05.2015

5. 08-F-01-0041

Mehr Transparenz bei Liegenschafts- und Garagenfonds

-Antrag der SPD-Fraktion vom 09.04.2008-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 18.06.2015

6. 15-V-01-4006

DL 30/15-3

Einführung der Briefwahl für die Wahl des Ausländerbeirats, Änderung der Hauptsatzung

7. 15-V-01-0007

DL 27/15-2

WLAN für Bürgerinnen und Bürger

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 8. | 15-V-01-0011 | DL 30/15-2, 27/15-3 |
| | Zukünftige Ausrichtung der Revision | |
| 9. | 15-V-01-0012 | DL 29/15-2, 25/15-2 |
| | Entwicklung der Liegenschaft Frankfurter Straße, ehem. American Arms Hotel, durch die SEG | |
| 10. | 15-V-02-0001 | DL 30/15-4, 27/15-4 |
| | Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, Industriegrenze, Salzstraße/ Am Rheinbahnhof | |
| 11. | 15-V-02-0002 | DL 29/15-3, 25/15-3 |
| | Kommunale Zuschussförderung im Wohnungsbau, Bierstadter Höhe | |
| 12. | 15-V-04-0003 | DL 29/15-4, 25/15-4 |
| | "Soziale Stadt Biebrich-SüdOst",
Neugestaltung Rheinufer Abschnitt-Ost, Vorfinanzierung Abschnitte Mitte + Ost | |
| 13. | 15-V-11-2002 | DL 30/15-6, 27/15-5 |
| | Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Gutachten von Herrn Prof. Badura | |
| 14. | 15-V-20-0022 | DL 22/15-2 |
| | Investitionscontrolling 1. Quartal 2015 | |
| 15. | 15-V-36-0008 | DL 23/15-4 |
| | Projekt Bachabtrennung - hier: Spülleitung Wellritzbach | |
| 16. | 15-V-37-0003 | DL 30/15-8 |
| | Neubau einer Feuer- und Rettungswache Igstadt | |
| 17. | 15-V-37-0004 | DL 30/15-9, 27/15-8 |
| | Ausgleichszahlungen für geleistete Mehrarbeit bei 37 | |

- 18. 14-V-40-0054** **DL 03/15-2, 02/15-3**
Wilhelm-Leuschner-Schule Dachsanierung L-Bau

ANLAGE

- 19. 15-V-40-0027** **DL 29/15-6, 25/15-7**

Schulze-Delitzsch-Schule - Schaffung von vier Klassenräumen im E-Gebäude

- 20. 15-V-40-0028** **DL 22/15-3**

Jahresrechnung 2014; Werner-von-Siemens-Schule Mehrkosten Generalsanierung

- 21. 15-V-40-0032** **DL 23/15-5**

Grundschule Bierstadt; Containerstellung für Bedarfe aus Veränderung der Zügigkeit

- 22. 15-V-50-0001** **DL 22/15-4**

Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung - Teil III dauerhafte Maßnahmen

- 23. 14-V-51-0059** **DL 22/15-1**

Änderung der Förderrichtlinien zur Förderung von Maßnahmen ehrenamtlich organisierter Jugendorganisationen in Wiesbaden und der Förderrichtlinie für die Gewährung von Individualbeihilfe

- 24. 15-V-51-0028** **DL 29/15-7, 25/15-8**

Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen, Wiedereinführung "Fehlbelegungsabgabe" LH Wiesbaden

- 25. 15-V-51-0030** **DL 29/15-8, 25/15-9**

Realisierung des Standortes Nord der Sozialen Dienste - Schwalbacher Straße 26-28

- 26. 15-V-51-0034** **DL 30/15-10, 27/15-9**

Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2014

27. **15-V-51-0035** **DL 30/15-11, 27/15-10**
Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II
- Jahresbericht 2014
28. **15-V-53-0307** **DL 30/15-12, 27/15-11**
Schulärztliche Untersuchungen für schulpflichtige Kinder aus Flüchtlingsfamilien oder
unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
29. **15-V-66-0212** **DL 30/15-15**
Eleonorenstraße Mainz-Kastel - Einrichtung einer Fahrradstraße, 2. BA
30. **15-V-80-8008** **DL 23/15-6**
Kofinanzierung Projekt QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule
31. **15-V-81-0001** **DL 27/15-12, 25/15-10**
Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetriebe (WLW)
32. **15-V-81-0002** **DL 27/15-13, 25/15-11**
Wirtschaftsplan 2016/17 und Mittelfristplanungen 2018 -2020 der Wasserversorgungsbetriebe
(WLW)
33. **15-V-81-0003** **DL 29/15-14, 25/15-12**
Anpassung der Wasserversorgungssatzung in § 15 (3), Städtisches Cash Pooling: Beitritt der
WLW
34. **15-V-86-0003** **DL 29/15-15, 25/15-13**
Henkell-Kunsteisbahn; Einsatz mobile Eisbahn

Nicht öffentliche Beratung:

- | | | |
|-----|--|---------------------------|
| 35. | 15-V-02-0004 | DL 22/15-1 NÖ |
| | Bildung einer Rückstellung im Jahresabschluss 2014 zur Deckung der Zinspflichten für abgerufene Programmmittel "Sanierung Bergkirche", "Soziale Stadt Biebrich-SüdOst" und Soziale Stadt "Inneres Westend" | |
| 36. | 15-V-06-0004 | DL 30/15-1 NÖ, 27/15-1 NÖ |
| | Ablösung Zinssicherungsgeschäft | |
| 37. | 15-V-20-0025 | DL 22/15-2 NÖ |
| | Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2014 | |
| 38. | 15-V-20-0028 | DL 30/15-2 NÖ |
| | Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft | |
| 39. | 15-V-20-0031 | DL 30/15-3 NÖ |
| | Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft | |
| 40. | 15-V-66-0502 | DL 30/15-4 NÖ |
| | Öffentlich-rechtlicher Vertrag | |
| 41. | 15-V-66-0504 | DL 30/15-5 NÖ |
| | Umlegungsverfahren in Mainz-Kastel | |
| 42. | 15-V-80-2312 | DL 29/15-1 NÖ, 25/15-3 NÖ |
| | Wohnbauflächenentwicklung Hainweg - Entwicklungskosten I | |
| 43. | 15-V-80-2321 | DL 27/15-3 NÖ, 25/15-4 NÖ |
| | Verzeichnis der vom 01. Januar 2015 bis 31. März 2015 genehmigten Grundstücksvorlagen | |

44. 15-V-82-0006

DL 30/15-6 NÖ

Finanzierung Neubau Rhein Main Hallen - Aktualisierung und Zwischenfinanzierung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz
Vorsitzender